

Kreistag
 des Schwarzwald-Baar-Kreises
 Sitzung am 14.07.2014

Drucksache Nr. 094/2014 öffentlich

Halbjahresbericht zur Haushaltsentwicklung 2014

Anlagen: keine
Gäste: keine

Sachverhalt:

Mit dem nachfolgenden Bericht will die Verwaltung, wie in den zurückliegenden Jahren, den Kreistag möglichst frühzeitig und umfassend über die aktuelle Entwicklung der Finanzlage des Landkreises informieren. Die Verwaltung hat die vorliegenden Ergebnisse analysiert und auf das Jahresende hochgerechnet. Die voraussichtlichen Verbesserungen und Verschlechterungen bei den wichtigsten Einnahme- und Ausgabepositionen sind im Folgenden dargestellt:

Hauptbudget 1 – Allgemeine Verwaltung und Finanzen	
<ul style="list-style-type: none"> Personalausgaben, Grp. 4 in allen Unterabschnitten Die Ausgaben im Hauptbudget 1 setzen sich zu einem Großteil aus Personalausgaben zusammen. Deshalb werden die Gesamtpersonalkosten an dieser Stelle wie folgt erläutert: Nach dem Abschluss der Tarifverhandlungen steigen die Vergütungen für die Beschäftigten ab dem 01.03.2014 um 3 %, mindestens aber um 90 € an. Der Mindestbetrag übertrifft bis in mittlere Entgeltgruppen die lineare Gehaltserhöhung. Dadurch summiert sich das Volumen der Lohnerhöhung auf 3,3 %. Bei der Kalkulation der Haushaltsansätze waren wir noch von einer Tarifsteigerung von 2 % ausgegangen. Durch den höheren Abschluss entstehen uns zusätzliche Aufwendungen von etwa 300.000 €. Gleichzeitig hat die Zusatzversorgungskasse den Zusatzbeitrag von 0,22 % auf 0,4 % des Zusatzversorgungspflichtigen Entgelts angehoben. Gegenüber der Kalkulation ergibt sich dadurch eine weitere Verschlechterung von 40.000 €. Derzeit gehen wir davon aus, dass die zusätzlichen Aufwendungen innerhalb des 38,7 Mio. € umfassenden Personalbudgets durch die verzögerte Wiederbesetzung frei gewordener Stellen nur teilweise aufgefangen werden können und sich deshalb eine 	

<p>Verschlechterung von ergibt. Selbstverständlich wird die Verwaltung im weiteren Jahresverlauf alle sich bietenden Möglichkeiten zu weiteren Einsparungen nutzen.</p>	-130.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Bewirtschaftungskosten, Grp. 54 bei den Verwaltungs- und Schulgebäuden <p>Angesichts der milden Wintermonate erwarten wir bei den Bewirtschaftungskosten trotz der gestiegenen Energiepreise eine Verbesserung von</p>	100.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Sachkostenbeiträge der Schulen, Grp. 1710 im EPL. 2 <p>Bei den Beruflichen Schulen sind die Schülerzahlen gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben. Der bei der Planerstellung noch prognostizierte Rückgang hat sich damit nicht eingestellt. Die daran gekoppelten Sachkostenbeiträge fallen deshalb um rund höher aus. Über die insgesamt erfreuliche Schülerzahlenentwicklung wurde der Ausschuss für Bildung und Soziales bereits am 10.02.2014 informiert (DS-Nr. 005/2014).</p>	200.000 €
Hauptbudget 2 – Rechts- und Ordnungsverwaltung	
<ul style="list-style-type: none"> • Investitionskostenumlage an den Zweckverband Ringzug, HHSt. 7920.9821 <p>An den Ringzughaltepunkten hat die Störanfälligkeit der 11 Jahre alten Fahrausweisautomaten zuletzt leider erheblich zugenommen. Zudem hat der Hersteller den Support und die Lieferung von Ersatzteilen Anfang des Jahres gekündigt. Aus diesem Grund hat die Verbandsversammlung des Zweckverbands Ringzug beschlossen, einen Teil der Geräte zu ersetzen und die entstehenden Kosten satzungsgemäß auf die Verbandsmitglieder umzulegen. Auf den Schwarzwald-Baar-Kreis entfallen die außerplanmäßig bereitgestellt werden müssen. Der Ausschuss für Verwaltung und Wirtschaft hat über eine zusätzliche Mittelbereitstellung in seiner Sitzung am 07.07.2014 beraten. Über das Ergebnis wird dem Kreistag in der Sitzung mündlich berichtet.</p>	-170.000 €
Hauptbudget 3 – Soziales	
<ul style="list-style-type: none"> • Soziallastenausgleich nach § 21 FAG, HHSt. 4100.1710 <p>Landkreise, deren Sozialhilfenettoausgaben und Nettoausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende den Landkreisdurchschnitt übersteigen, erhalten jährlich Zuweisungen in Höhe von 40 von Hundert des übersteigenden Betrages. Als Bemessungsgrundlage wird der Aufwand des zweitvorangegangenen Jahres zugrunde gelegt. Beim Soziallastenausgleich 2014 wird also der</p>	

<p>Nettoaufwand des Jahres 2012 herangezogen. Die vom Statistischen Landesamt hierzu angestellten Berechnungen mussten nachträglich korrigiert und der Landkreisdurchschnitt angehoben werden. Dadurch fällt die Differenz zwischen unserem Aufwand und dem Durchschnittswert und damit auch die Kostenerstattung um geringer aus.</p>	<p>-200.000 €</p>
<p>• Hilfe zur Pflege, UA 4110</p> <p>Im Bereich der stationären Pflege sind wir bei der Planerstellung von einem Fallzahlenanstieg und höheren Vergütungssätzen von jeweils 3 % ausgegangen. Im ersten Halbjahr hat sich dies noch nicht in vollem Umfang eingestellt. Gegenüber dem Plansoll erwarten wir deshalb eine Entlastung von</p>	<p>300.000 €</p>
<p>• Eingliederungshilfe, UA 4120</p> <p>Im Bereich der Eingliederungshilfe bewegen sich die Fallzahlen innerhalb der Planvorgaben. Wenn sich diese Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte fortsetzt, gehen wir davon aus, dass die im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöhten Ansätze ausreichen werden.</p>	<p>0 €</p>
<p>• Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV), UA 4820</p> <p>Bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende liegen die monatlichen Aufwendungen der Monate Januar bis Juni 2014 um durchschnittlich 50.000 € unter der Ansatzkalkulation. In welchem Umfang sich diese Entwicklung fortsetzen wird, kann derzeit noch nicht abgesehen werden. Aus heutiger Sicht ist davon auszugehen, dass der mit 11,19 Mio. € ausgewiesene Nettoaufwand um unterschritten wird.</p>	<p>300.000 €</p>
<p>• Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz/ Gemeinschaftsunterkünfte, Abschnitte 42 und 43</p> <p>Die vom Landkreis aufzunehmenden Asylbewerber und Kontingentflüchtlinge haben gegenüber dem Vorjahr nochmals deutlich zugenommen. Deshalb ist davon auszugehen, dass die in 2014 bereitgestellten Mittel für die Unterbringung und die Hilfeleistungen nicht auskömmlich sein werden. Hintergrund ist eine aktuelle Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, wonach sich die Zahl neuer Flüchtlinge in Baden-Württemberg auf bis zu 23.000 deutlich erhöhen wird. Bisher war für den Südwesten mit 18.000 Flüchtlingen gerechnet worden. Obwohl durch die Anhebung der nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz gewährten Kostenpauschale zum 01.01.2014 Mehreinnahmen von 130.000 € zu erwarten sind, deutet die Entwicklung darauf</p>	

<p>hin, dass der Nettoaufwand in den Abschnitten 42 und 43 zumindest um überschritten wird.</p>	<p>- 100.000 €</p>
<p>• Jugendhilfe, Abschnitt 45</p> <p>Bei der Jugendhilfe zeichnet sich gegenwärtig sogar eine Verschlechterung von ab. Verantwortlich hierfür sind gleich mehrere Faktoren. So mussten wir schon im Rechnungsjahr 2013 deutliche Fallzahlen- und Kostensteigerungen verzeichnen, die von ihrem Ausmaß her bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2014 nicht absehbar waren und deshalb bei der Ansatzbemessung nur teilweise berücksichtigt werden konnten. Mit 15,2 Mio. € liegt das Vorjahresergebnis um rund 240.000 € über der aktuellen Ansatzsumme von 14,95 Mio. €. Im bisherigen Jahresverlauf sind die Aufwendungen vor allem bei der Hilfe zur Erziehung, in Tageseinrichtungen und bei der Hilfe für junge Volljährige weiter gestiegen. Schließlich fallen die Landeszuweisungen für die Tagespflege nach § 29 c FAG um 130.000 € geringer aus als einkalkuliert.</p>	<p>-600.000 €</p>
<p>Hauptbudget 4 – Umwelt und Gesundheit</p>	
<p>• Gebühreneinnahmen des Baurechtsamtes, HHSt. 6130.0610</p> <p>Aufgrund größerer Bauvorhaben im gewerblichen Bereich liegen die Gebühreneinnahmen des Baurechtsamtes bereits deutlich über dem Vorjahresniveau. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt gehen wir davon aus, dass der Haushaltsansatz von 880.000 € um überschritten wird.</p>	<p>100.000 €</p>
<p>Hauptbudget 5 – Ländlicher Raum</p>	
<p>• Gemeinsame Straßenunterhaltung, UA 6520</p> <p>Aufgrund der milden Witterung zu Jahresbeginn gehen wir bei den Kosten für den Winterdienst von einer Verbesserung von aus. Auf den Bereich der Kreisstraßen entfallen rund 50.000 €.</p>	<p>150.000 €</p>
<p>Hauptbudget 6 – Allgemeine Finanzen</p>	
<p>• Zuweisungen nach § 8 FAG, HHSt. 9000.0411</p> <p>Im Mai hat das Land den Kopfbetrag bei den Schlüsselzuweisungen von 587 auf 589 €/Einwohner angehoben. Zudem liegt die für die Berechnung maßgebliche Einwohnerzahl mit 205.702 Einwohnern leicht über der Kalkulationsgrundlage. Daraus ergibt sich eine Verbesserung von 356.000 €. Gleichzeitig erhält der Landkreis für das Jahr 2013 eine Nachzahlung von knapp 66.000 €. Insgesamt fallen die Zuweisungen damit um höher aus als geplant.</p>	<p>420.000 €</p>

<ul style="list-style-type: none"> • Grunderwerbsteuer, HHSt. 9000.0611 Bei der Grunderwerbsteuer sind bislang sechs Monatsabrechnungen eingegangen. Addiert man zum derzeitigen Steueraufkommen von 3,37 Mio. € das durchschnittliche Aufkommen der Monate Juli bis Dezember der Vorjahre hinzu, ist zu erwarten, dass der Haushaltsansatz von 6,7 Mio. € erreicht wird. 	0 €
<ul style="list-style-type: none"> • Zuweisungen nach § 11 Abs. 5 FAG, HHSt. 9000.0614 Bei den Zuweisungen nach § 11 Abs. 5 FAG, mit denen die Kosten der Verwaltungsreform pauschal abgegolten werden, ergibt sich aufgrund eines höheren Ausschüttungsbetrags eine Verbesserung von 	50.000 €
<ul style="list-style-type: none"> • Sonstige kleinere Planabweichungen (saldiert) 	200.000 €
Per Saldo ergeben die aufgeführten Veränderungen im Gesamthaushalt (Verwaltungs- <u>und</u> Vermögenshaushalt) eine Verbesserung von	620.000 €

Stellungnahme der Verwaltung:

Die vorliegende Hochrechnung weist für 2014 eine Verbesserung von 620.000 € auf. Allerdings offenbart die finanzielle Entwicklung im ersten Halbjahr auch ihre Schattenseiten. Vor allem die Kostenentwicklung im Bereich der Jugendhilfe ist besorgniserregend, denn die gegenüber dem Vorjahr bereits um 950.000 € angehobenen Ansätze werden voraussichtlich um weitere 600.000 € überschritten.

Ungewiss ist derzeit, ob die für die Flüchtlingsaufnahme und -versorgung bereitgestellten Mittel auskömmlich sind. Die zu erwartenden Mehraufwendungen können im Berichtsjahr nach derzeitigem Stand vollständig aufgefangen werden. Dazu tragen vor allem die höheren Schlüsselzuweisungen und Schulsachkostenbeiträge sowie Verbesserungen bei der Hilfe zur Pflege und der Grundsicherung für Arbeitssuchende bei.

Bezüglich der zu erwartenden Verbesserung 2014 weisen wir darauf hin, dass der Kreistag die Verwaltung am 12.05.2014 beauftragt hat, das bei der Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen entstandene Defizit von rd. 1,8 Mio. € in den Rechnungsjahren 2013 und 2014 vollständig abzudecken (vgl. hierzu DS-Nr. 059/2014). Nachdem dieser Fehlbetrag mit Hilfe des sich in 2013 ergebenden Überschusses bereits um 607.000 € reduziert werden konnte, müssen in 2014 noch 1,2 Mio. € abgedeckt werden. Hierzu soll die oben beschriebene Ergebnisverbesserung von

620.000 € herangezogen werden. Der danach noch verbleibende Restbetrag von 580.000 € müsste der Allgemeinen Rücklage entnommen werden.

Der Kreistag nimmt den Halbjahresbericht über die Haushaltsentwicklung 2014 zur Kenntnis.